

Zeichen	282/2011
Status-Modellierung	intern geprüft
Status-Test	Testfälle bearbeitet
Status Testgenerator	eingepplant
Umsetzung	I



OSCI® ist eine registrierte Marke
der Freien Hansestadt Bremen

Erweiterung Wehrverwaltung

Problemstellung

Mit dem Aussetzen der Wehrpflicht entfällt außerhalb des Spannungs- und Verteidigungsfalls die regelmäßige Datenübermittlung von den Melderegistern an die Wehrverwaltung im Rahmen der Wehrerfassung und zum Zweck der Wehrüberwachung. Stattdessen wurde eine neue Datenübermittlung eingeführt, mit der der Bundeswehr Daten zum Versand von Informationsmaterial über Tätigkeiten in den Streitkräften zur Verfügung gestellt werden. Dazu sieht das Wehrrechtsänderungsgesetz 2011 Änderungen des Wehrpflichtgesetzes (WPfLG) und der 2. Bundesmeldedatenübermittlungsverordnung (2. BMeldDÜV) vor.

Lösung

Die Spezifikation wird um ein neues Kapitel **18. DATENÜBERMITTLUNG AN DIE WEHRVERWALTUNG** erweitert. Mit der Nachricht **datenuebermittlung.wehrverwaltungvolljaehrigkeit.0557** wird die regelmäßige Übermittlungspflicht von Informationen über Personen, die im Folgejahr 18 Jahre alt werden möglich. Die Einzelheiten der Lieferung sind in einem Lieferkonzept der Wehrverwaltung definiert.

Die bisher bereits in Kapitel 11 enthaltene Nachricht **datenuebermittlung.wehrueberwachungsmittelungskwea.0555** bleibt im Kapitel 11. Die Nachricht war bisher nicht produktiv, daher sind keine weiteren Anmerkungen nötig

Antragsdetails

Antragsteller: KoSIT

Erfasst am: 13.10.2011

Bezug:

Analyse des Änderungsantrags

Zum Zweck der Übersendung von Informationsmaterial über Tätigkeiten in den Streitkräften. übermitteln die Meldebehörden nach § 58 Wehrpflichtgesetz (WPfLG)

i. V. m. § 2a 2. Bundesmeldedatenübermittlungsverordnung (2. BMeldDÜV) Adressdaten an das Bundesamt für Wehrverwaltung.

Der Datenlieferung erfolgt ab 2013 mit dem Standard OSCI-XMeld in der jeweils gültigen Version.

Die Daten folgender Personen sind zu übermitteln:

1. Deutsche Staatsangehörige,
2. die im Folgejahr volljährig werden,
3. nicht der Datenübermittlung nach § 18 Absatz MRRG widersprochen haben und
4. zum Zeitpunkt der Datenübermittlung bei der jeweiligen Meldebehörde mit alleiniger oder Hauptwohnung gemeldet sind.

Es sind sowohl die Daten von Männern als auch von Frauen zu übermitteln.

Die Personen müssen im Folgejahr volljährig werden, d. h. das 18. Lebensjahr vollenden.

Beispiel:

Datenübermittlung in 2013

Folgejahr = 2014

Betroffener Geburtsjahrgang: Folgejahr (2014) – 18 = 1996

Die Daten sind **einmalig** in dem Zeitraum vom **01.01. bis 31.03.** eines jeden Jahres aus dem Melderegister zu ermitteln und an das Bundesamt für Wehrverwaltung zu übermitteln.

Der Zeitpunkt der Datenerhebung und Übermittlung ist innerhalb des ersten Quartals eines jeden Jahres durch die Meldebehörde frei wählbar.

Lösungsvorschlag im Änderungsantrag

Bewertung

Bewertungskriterien										Aufwandsschätzung	
Gesetzliche Vorgabe	Fehler	Eindeutigkeit	XÖV-Konformität	Erleichterung MB	Erleichterung AB	XMeld-Prozesse	Wartbarkeit	Fachlicher Aspekt	Detail	Modellierung	
										Test	
										Hersteller	
										Betroffene Dokumente	
										Spezifikation	
										Has	
										Verwandte CRs	
1	0	0	0	0	0	0	0	0	0		

Bewertet durch:

Bewertet am:

Bearbeitung

Wartend auf:

Betrifft	Aktivität	Status Mod	Status Test
Modellierung	Übernahme der Ergebnisse vom 21.11		2011-11-29
Modellierung	Übernahme der Ergebnisse vom 29.11 Rufname in Nachricht 0557 optional		
Testsuite	Versenden bis 15.12 an Wehrverwaltung		
Testsuite	Prüfung der Testfälle und Referenznachrichten bis 15.01.2012		
KoSIT	CR stellen zu Abschnitt 20.1.3.n: Verweis auf einen neuen Schlüssel in Schlüsseltabelle 60		
Modellierung	Versionshistorie zu 2011-282: letzten Satz löschen		

Bearbeitet durch: AG 01 Wehrverwaltung

Bearbeitet am: 29.8.2011

Bearbeitungsdauer: 1 Tag

“Bewertung des aktuellen Entwurfsstandes” sowie “Weiterarbeit am Modell und der Spezifikation“

Diese beiden TOPs werden nebenläufig bearbeitet. Die während der Diskussion abgestimmten Änderungen in der Spezifikation werden direkt in das Kapitel eingearbeitet.

- Das Geburtsjahr und der Status der Wohnung werden durch die in den Meldebehörden vorgenommene Auswahl nur implizit übermittelt. Die Korrektheit der Daten zu diesen Merkmalen kann daher von der Wehrverwaltung nicht geprüft werden.
- Die Wehrverwaltung wünscht, dass die in ihrem Auftrag erstellten Passagen innerhalb der Spezifikation OSCI–XMeld in ein eigenes Kapitel übernommen werden.
- Die Wehrverwaltung erwartet ca. 700.000 Meldungen pro Jahr.
- Die Tatsache, dass die Adressdaten nicht nur von Männern, sondern auch von Frauen benötigt werden, soll hervorgehoben werden.

- Die Datenabzüge müssen von den Meldebehörden so lange gespeichert werden, bis die letzte Nachricht erfolgreich übermittelt wurde.
- Wenn Nachrichten von der Wehrverwaltung zurückgewiesen werden, müssen sie – unabhängig von der Anzahl – in jedem Fall von den Meldebehörden erneut geschickt werden.
- Wenn die Wehrverwaltung einen unerwarteten Datenumfang feststellt, ist der Umgang hiermit eine Einzelentscheidung zwischen den Sachbearbeitern der Wehrverwaltung und der sendenden Meldebehörde.
- Wenn ein Paket abgewiesen wird, wird normalerweise das vollständige Paket an den Absender zurückgesendet. Es ist stattdessen auch möglich, das Paket zu reduzieren. Die Optionen sind in Kapitel 17 der Spezifikation OSCI-XMeld 1.7.1 dargestellt. Das überarbeitete Kapitel wird im Rahmen der Erstellung eines aktuellen Entwurfsstandes der Gesamtspezifikation Mitte September 2011 zur Verfügung gestellt.

Herr Spaniol (Wehrverwaltung) klärt:

- Bis die beauftragte Änderung in OSCI-XMeld aufgenommen und in Kraft getreten ist, werden die Meldebehörden angelehnt an die bisherige Struktur wie bisher auf unterschiedlichem Weg nichtstandardisiert die Adressdaten an die Wehrverwaltung übermitteln. Dies betrifft die Jahrgänge 1994 und 1995. Das Vorgehen ist im Bundesanzeiger festgelegt.
- Zur Zielgruppe der Wehrverwaltung gehören seit dem 01.07.2011 auch weibliche Personen.
- Es dürfen ausschließlich Namen und Adressdaten, nicht aber Angaben zum Geschlecht übermittelt werden, so dass diese Information nicht in die Anrede des Anschreibens der Bundeswehr einfließen kann. Hintergrund: Aus der Angabe zum Geschlecht ist nicht in jedem Fall die Anrede ableitbar.
- Die Übermittlung der Adressdaten soll mit OSCI-XMeld erstmalig im ersten Quartal 2013 erfolgen (Übermittlung aller Deutschen, die im Folgejahr, also 2014, volljährig werden).
- Die Betroffenen haben ein Widerspruchsrecht. Dies ist im MRRG geregelt, das nun einen zusätzlichen Grund für eine Auskunftssperre vorsieht. Die Betroffenen sind bei der Anmeldung in der Meldebehörde auf ihr Widerspruchsrecht hinzuweisen. Zusätzlich werden sie über öffentliche Bekanntmachungen darauf hingewiesen.
- Der Wehrverwaltung ist bewusst, dass Einzelfälle nicht erfasst werden. Die Ursache hierfür ist in der Gesetzesgrundlage zu sehen. Da allerdings nicht die Wehrpflicht festgestellt werden muss, sondern nur ein Informationsschreiben versendet werden soll, werden diese Abweichungen akzeptiert.
- Die Datenlieferungen werden von den Meldebehörden zukünftig an das Rechenzentrum der Bundeswehr in Strausberg übermittelt. Von dort werden die Daten an die jeweils zuständigen Kreiswehersatzämter verteilt.
- Adressat auf der fachlichen Ebene ist das Bundesamt für Wehrverwaltung.

Im Entwurf des Lieferkonzeptes:

- Auf eine Stichtagsregelung wurde verzichtet. (siehe auch Mail vom 12.9.2011)

Bearbeitet durch: Ag 02 Wehrverwaltung

Bearbeitet am: 18.10.2011

Bearbeitungsdauer: 1 Tag

- Zum Lieferkonzept: Der Umgang und die Festlegung von Löschrufen und die Anzahl der Nachrichten pro Paket werden in das Lieferkonzept und nicht in die Spezifikation aufgenommen.
- Anforderungen / Wünsche zu Kapitel 21.1 "Lieferung von Bestandsdaten":

- a. Zu Bild 21-2 (Prozessmodell der Bestandsdatenübermittlung): zur Aktivität „Bestandsdaten bis zur Löschung aufbewahren“: gemeint ist hier der Datenabzug. Verständlicher erscheint deshalb: „Lieferdaten / Datenabzug gemäß Löschfrist aufbewahren.“
 - b. Zu 21.1.3.2 (Datenabzug): Ergänzt werden sollte als letzter Satz „Wie lange der Datenabzug aufzubewahren, bzw. wann er zu löschen ist, wird außerhalb von OSCI-XMeld, ggf. in einem separaten Lieferkonzept, geregelt.“
 - c. Zu 21.1.3.4. (Paketierung einer Lieferung): Klärung der Abkürzung o.B.d.A.: ohne Beschränkung der Allgemeinheit. (Die Abkürzung sollte nicht als allgemein bekannt vorausgesetzt werden.)
 - d. Zu 21.1.3.5 (Rückweisung von Paketen oder Datensätzen einer Lieferung): Rechtschreibkorrektur: die liefernde Behörde legt dabei stets DEN Datenbestand...)
 - e. Zu 21.1.3.6 (Verhalten nach zurückgewiesener, nicht schemakonformer Nachricht XXXX): „Ist in einem der gelieferten Pakete mindestens ein Datensatz nicht schemakonform, so wird das komplette Paket mit einer Nachricht administration.returptosender.0900 vom Empfänger an den Absender zurückgewiesen.“ Frage: Welche Codes aus CL 60 kämen hier in Frage? Dies sollte ergänzt werden, damit der Zusammenhang zu CL 60 deutlich wird.
 - f. Zu 21.1.3.7. (Verhalten nach zurückgewiesenen, nicht spezifikationskonformen Datensätzen in einer Nachricht XXXX): Zusätzliche Erläuterung für den Fall gewünscht, dass nicht spezifikationskonforme Datensätze zurückgeliefert werden, siehe Anmerkung zu 21.1.3.6.: Welche Codes aus CL 60 können hier auftreten? Außerdem: „Die Empfehlung aus dem 2. Absatz (Es wird empfohlen, die korrigierten Datensätze...)“ ist eine MUSS-Regelung.
 - g. Zu 21.1.3.8. (Verhalten nach zurückgewiesener Nachricht XXXX an das falsche Postfach): Dieser Fall kann bei der WV nicht eintreten.
 - h. Zu 21.1.3.9. (Quittierung einer Lieferung): „Der Prozess der Lieferung ist spätestens dann beendet, wenn die Meldebehörde alle Datensätze übermittelt hat und eine Quittierungsnachricht administration.quittierungbestandslieferung.0928 erhalten hat, in der ggf. fehlerhaft bezeichnete Datensätze nicht mehr zu übermitteln sind“. Es stellt sich die Frage, wie kommuniziert wird, dass dies so ist. Die Wehrverwaltung schlägt vor, dass die Meldebehörden ein leeres Paket, bzw. eine leere Lieferung schicken („Nullmeldung“).
 - i. Zu 21.1.3.11 (Vorgehen bei nicht erhaltener Quittungsnachricht): von der WV wird der erste Vorschlag zur Erweiterung der Schlüsseltabelle 60 um einen Fehlercode favorisiert. Die im 2. Vorschlag enthaltene Anmerkung von CH wurde kommentiert: Es wird vermutet, dass es ein Missverständnis gibt, deshalb sollte der Text um Beispiele angereichert werden. Gemeint sind Fehler wie „alle Geburtsangaben im Paket sind identisch“. Solche Fehler lassen einen SW-Fehler vermuten, wofür die von CH genannten Codes nicht passend sind. Der Vorschlag 4 (Umgang mit Gemeinden, die keine Datensätze liefern müssen) wird begrüßt.
- Umgang mit Gemeinden, die für ein Jahr keine Datensätze abzuliefern haben. Drei Alternativen werden im CR 2011-249 angeboten:
 - i) Es wird ein leeres Paket an den Empfänger übermittelt (Vorschlag: Aufnahme als allg. Lösung im neuen Kapitel)
 - ii) Es wird eine neue administrative Nachricht (Fehlanzeige) übermittelt, um mitzuteilen, dass die Gemeinde zu Recht keine Datensätze zu liefern hat.(Vorschlag : Allg. Lösung im neuen Kapitel)
 - iii) Spez. Festlegungen bei der jeweiligen DÜ (z. B. Wehrverwaltung): Schlüsseltabelle oder boolean "zuRechtNichtsUebermittelt" bei der entsprechenden Nachricht.
Ergebnis: Klares Votum für Variante 1), da diese Lösung sparsam und eindeutig ist. Das Ergebnis wurde im CR 2011-249 vermerkt
 - QS Spezifikation OSCI-XMeld: Stand Kapitel 19 "Datenübermittlung an die Wehrverwaltung":
 - a. Die WV wünscht, dass die sich nicht in Betrieb befindlichen Nachrichten nicht in Kapitel 19 (Datenübermittlung an die Wehrverwaltung) aufgenommen werden, sondern, dass diese „alten“ Nachrichten in dem Kapitel zur 2. BMeldDÜV verbleiben.

Das Kapitel 19 müsste damit entsprechend aufgeräumt werden, ist dann aber weiterhin besser les- und pflegbar.

- b. Entsprechend kann dann der 0556-hinweis (in 19.1) hier gestrichen werden.
 - c. Zu 19.2.2, 2. Absatz: „Daten zum Versand“ ändern in „Adressdaten zum Versand“.
3. Absatz: „Staatsbürgerschaft“ ersetzen in „Staatsangehörigkeit“.
 - d. Zu 19.3.2 (Datenübermittlung an die Wehrverwaltung): Im ersten Absatz: „Kreiswehrrersatzämter“ ersetzen: „Bundesamt für Wehrverwaltung“
 - e. Weiter zu 19.3.2: Da es inhaltlich zu sehr starken Überschneidungen zu 21.1. kommt, sollen das Bild 19-3 und die zugehörige Beschreibung hier entfernt werden und stattdessen auf das Kapitel 21.1 verwiesen werden. Folgende Informationen sollen hier in 19.3.2. außerdem genannt werden:
 - i) Nachrichtennummer 557 (also der 3. Absatz nach Bild 19-3)
 - ii) Hinweis auf das Lieferkonzept, in dem u.a. Löschfristen und Paketgröße definiert sind
 - f. Zu 19.5 (Die Nachrichten): zur Tabelle für Nachricht 0557:
 - i) Familienname: Anmerkung Bs kann gestrichen werden.
 - ii) Zu „rufname“: In XMeld lautet die Regel: Im Element Rufname ist immer etwas einzutragen, die Formulierung ist hier also inkonsistent (Hinweis für Wartung und Pflege)
 - iii) Zu „anschrift“: Zu den Elementen von „anschrift“ fehlt der Verweis auf die entsprechenden Datenblätter. Dieser Änderungswunsch betrifft den Baukasten.
 - iv) Zu 19.6 (Rahmenbedingungen): Hier sollte insbesondere ein Verweis auf den Anhang F erfolgen, siehe Kap. 7.6.
- Zur Testsuite
 - a. Zur Erstellung von Testfällen sind folgende Herangehensweisen möglich:
 - i) Bestehende Testfälle ergänzen
 - ii) Neue Testfälle erstellen.
 - b. Hierbei muss jeweils berücksichtigt werden, dass auch schon bereits in 2012 getestet werden muss.
 - c. Da die bestehenden Testfälle sehr komplex sind und für die WV nur sehr schlichte Testfälle benötigt werden, wird entschieden, dass neue Testfälle erstellt werden sollen.
 - d. Einzelne Testfälle können für unterschiedliche Szenarien eingesetzt werden.
 - e. Es sollen ca. 20 Einzeltestfälle und zwei bis drei Sammelnachrichten erstellt werden.
 - Testfälle editieren / erstellen: Herr Rabenstein wird die Testfälle erstellen und spätestens zum 14.11. für die WV in den Downloadbereich einstellen

Bearbeitet durch: Ullrich Bartels

Bearbeitet am: 2011-11-11

Die Änderungen gemäß der Bearbeitung aus AG-02 vom 2011-10-18 wurden weitgehend umgesetzt. Noch offene Punkte wurden markiert und sind am 2011-11-21 im Rahmen der abschließenden Sitzung AG-03 zu klären.

Bearbeitet durch: AG-03

Bearbeitet am: 2011-11-21

Überarbeitung der Spezifikation

Text zu 18.3 wird überarbeitet.

Auf Seite 780 wird ein Hinweis auf das Lieferkonzept aufgenommen.

Formulierung zum Rufname: der Text ist ein Zitat aus dem DSMeld. Das Dokument wird so geändert, dass der Standard-Text angezeigt wird. Der Rufname wird zusätzlich auf 0..1 gesetzt.

Anregung: Die XMeld-Festlegung zur obligatorischen Übermittlung des Rufnamens sollte überprüft werden.

F.10 wird ergänzt. An das Satzende wird das Wort „analog“ angehängt. Diese Lösung wird auf die übrigen Abschnitte auch angewendet.

Bild 20-2

Am Ende der Aktivitäten wird von ‚Bestandsdaten‘ gesprochen, gemeint ist aber der ‚Datenabzug‘. Der Text wird entsprechend geändert.

Absatz 20.1.3.4, Punkt 2, am Ende werden die Worte ‚zum Stichtag‘ gelöscht.
CR stellen zu 20.1.3.n: ist ein Verweis auf spezielle Schlüssel aus Tabelle 60 nötig

Absatz 20.1.3.8

Textänderung S. 814 erster Absatz: „... Quittierungsnachricht ..., in der keine Datensätze mehr als fehlerhaft aufgeführt sind.“ Klammerzusatz streichen. Im dritten Absatz wird ‚Damit ist der Prozesse beendet‘ gelöscht.

Vor den ersten Absatz auf 814 wird folgender Text eingefügt:

Auf eine Quittierungsnachricht 0928, in der fehlerhafte Datensätze mitgeteilt werden, ist immer mit einer erneuten Lieferung zu reagieren.

Diese Lieferung kann zu Recht leer sein.“

Der letzte Absatz wird gestrichen.

Arbeit an der Testsuite

Die bisher entworfenen Testfälle und die daraus generierten Referenznachrichten werden vorgestellt.

019.002.010.001 – es wird nur eine der betroffenen Personen in die Nachricht aufgenommen, der zweite Datensatz fehlt in der Nachricht.

19.002.011.002 – es wird nur eine der betroffenen Personen in die Nachricht aufgenommen, der zweite Datensatz fehlt in der Nachricht.

In der Nachricht 19.001.001.001e ist die Anzahl der gelesenen Datensätze falsch.

Der Rufname in den Nachrichten darf nicht leer sein.

Diakritische Zeichen werden bei zwei Fällen (Straße Credestraße und Name Knobloch Vorname Soeren) eingefügt.

Teilnummer Hausnummer, Wohnungsgeber, und früherer Gemeindename: ein Testfall wird entsprechend erweitert

Testfall zum Umgang mit Übermittlungssperren angelegt.

Für die Nachricht 900 wird ein fehlerhafter Testfall, eine fehlerhafte Referenznachricht entworfen.

Ziel ist es, die Vollständige Nutzung aller Felder in den Nachrichten darzustellen.

Kommunikation und Prüfen der Nachrichten:

Die Nachrichten werden bis 15.12 versendet und sollen bis 15. Januar durch die Wehrverwaltung geprüft werden.

Bearbeitet durch: Ullrich Bartels**Bearbeitet am: 2011-11-27**

Die auf AG-03 am 2011-11-21 besprochenen Änderungen wurden eingearbeitet

Bearbeitet durch: Interne QS**Bearbeitet am: 2011-11-29**

Die Änderungen aus der Sitzung am 21.11.2011 wurden qualitätsgesichert. Offen sind noch folgende Punkte:

1. Das Kindelement „*rufname*“ in der Nachricht 0557 muss optional sein
2. In Kapitel 18.3 im zweiten Absatz (Seite 780) in Verweis auf 5.5.7 müssen unnötige Klammern entfernt werden.

→ Danach Status „intern geprüft“

Bearbeitet durch: Wehrverwaltung**Bearbeitet am: 2011-11-29**

Herr Spaniol weist auf folgenden Satz in der Versionshistorie des Kapitels 18

„CR 2011-282: Datenübermittlung an die Wehrverwaltung

Im Rahmen der Erweiterung *„Datenübermittlung an die Wehrverwaltung“* wurde dieses Kapitel neu angelegt. In diesem Zusammenhang wurden die KWEA-Abschnitte aus dem Kapitel zur 2. BMeldDÜV in dieses Kapitel verlagert.“

Der Zweite Satz ist falsch und muss gelöscht werden.

Bearbeitet durch: Ullrich Bartels**Bearbeitet am: 2011-12-05**

Zur Bearbeitung vom 2011-11-29 (interne QS):

1. Das Kindelement „*rufname*“ ist jetzt optional.
2. Die Klammern sind gelöscht.

Zur Bearbeitung vom 2011-11-29 (interne QS):

In der Spez.-fassung vom 2011-11-28 war dieser Passus bereits gestrichen.

Bearbeitet durch: QS-Instanz**Bearbeitet am: 2011-12-21**

Die maximale Anzahl von Datensätzen pro Paket soll in der Spezifikation (und nicht im Lieferkonzept) aufgenommen werden.

Bearbeitet durch: KoSIT / HW**Bearbeitet am: 2011-12-22**

Die Paketgröße (maximal 1000 Datensätze pro Paket) wurde entsprechend dem Beschluss auf der QS-Instanz vom 2011-12-21 im Kapitel „Der Ablauf im Detail“ (18.3) nachgetragen.